

## **V-1 Berlin wetterfest machen: Klimaresistenz stärken und Lebensqualität für alle Berliner\*innen nachhaltig verbessern**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 16.10.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

### **Antragstext**

1 Oberste Bündnisgrüne Priorität ist es, die menschengemachte Klimakrise schnell  
2 und effektiv einzudämmen. Gleichzeitig haben sich aber bereits jetzt klimatische  
3 Veränderungen eingestellt, die uns vor massive Herausforderungen stellen und  
4 klimaanpassende Maßnahmen erfordern. Die Klimaanpassung ist eine der wichtigsten  
5 Aufgaben zum Schutz der Gesundheit der Berliner Bevölkerung, unserer Umwelt,  
6 Wirtschaft und Infrastruktur, denn die negativen Auswirkungen des Klimawandels  
7 nehmen nachweislich zu. Es gibt zu wenig kühle grüne Erholungsräume in der  
8 Stadt, unsere Bäume verdursten aufgrund von immer häufiger auftretenden  
9 Dürrejahren, das Wasser schwindet und die Zahl der Hitzetoten steigt stetig an.  
10 Es gibt also dringenden Handlungsbedarf - insbesondere in den mehrfach durch  
11 Verdichtung, fehlendem Grün und hohe Verkehrsdichte belastete Gebieten. Lokale  
12 Klimafolgen können erheblich zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten  
13 führen. Dem gilt es entgegenzutreten. Ziel ist es, die Widerstandsfähigkeit  
14 Berlins bzw. seiner Bevölkerung gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise zu  
15 steigern und einen Beitrag zu nationalen und internationalen  
16 Klimaanpassungsstrategien zu leisten.

17 Wir Bündnisgrünen haben in den vergangenen Jahren im Land und in den Bezirken  
18 den Weg hin zu einer klimaresilienten Stadt eingeschlagen. Die schwarz-rote  
19 Koalition darf nicht weiterhin eine Klimabremse sein, sondern muss den Pfad  
20 wieder aufnehmen. Und wenn die schwarz-rote Koalition nicht handelt, müssen die  
21 Berliner\*innen selbst es in die Hand nehmen. Als Bündnis 90/Die Grünen begrüßen  
22 und unterstützen wir deshalb das Volksbegehren BäumePlus-Gesetz der Initiative  
23 BaumEntscheid. Wir rufen daher alle Berlinerinnen und Berliner auf, diesen  
24 wichtigen Schritt auch zu tun und mit ihrer Stimme ein starkes Zeichen für  
25 Klimaschutz und mehr Stadtgrün zu setzen.

26 Das von der Initiative vorgelegte Gesetz zeigt einen Weg auf, Berlin  
27 klimaresistent umzugestalten und die Lebensqualität der Berliner\*innen  
28 nachhaltig zu verbessern. Es sieht eine gezielte Kühlung der Stadt mittels  
29 Bäumen, Grünflächen, Wassermanagement und Kühlinselfen vor. So soll die Anzahl der

30 im Stadtgebiet zu pflanzenden Bäume erheblich erweitert und hierfür die  
31 vielfältigen Nutzungsansprüche im öffentlichen Stadtraum zugunsten der  
32 Klimaanpassung priorisiert werden. Diese Maßnahmen der Entsiegelung und  
33 Begrünung sollen mit einer Förderung der Biodiversität und des Artenschutzes in  
34 der Stadt verbunden werden. Der Gesetzentwurf berücksichtigt, dass Menschen mit  
35 geringen Einkommen vom Klimawandel  
36 mehr als andere betroffen sind. Deswegen werden Stadtteile begünstigt, in denen  
37 viele Menschen auf engem Raum leben und die laut Umweltgerechtigkeitsatlas von  
38 gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen besonders betroffen sind.  
39 Wir halten es für wichtig und richtig, dass mit Maßnahmen der Klimaanpassung  
40 insbesondere die Lebensqualität und der Gesundheitsschutz in den besonders durch  
41 Verdichtung, fehlendes Grün und Verkehrsbelastung betroffenen Kieze verbessert  
42 werden und begrüßen diese Fokussierung. Das BäumePlus-Gesetz liegt außerdem auf  
43 der Linie des kürzlich auf europäischer Ebene beschlossenen Gesetzes zur  
44 Wiederherstellung der Natur und hat auch aus diesem Grund eine besondere  
45 Aktualität und Berechtigung. Das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur nimmt  
46 urbane Räume wie Berlin besonders in die Pflicht, Verantwortung für die  
47 Wiederherstellung der Natur und den Schutz der Biodiversität zu übernehmen.  
48 Städtische Gebiete müssen als Schlüsselakteure agieren.

## **V-2 Für eine risikobewusste Kooperation mit China in Berlin!**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 17.10.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

### **Antragstext**

1 Die Volksrepublik China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner und ein  
2 Wettbewerber. Die Zusammenarbeit mit China ist essentiell für die globalen  
3 Bemühungen zur Bekämpfung der Klimakrise. Darüber hinaus existieren zahlreiche  
4 Kooperationen zwischen deutschen und chinesischen Hochschulen,  
5 außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Kultureinrichtungen. Für Berlin  
6 ist China der zweitgrößte Handelspartner. Das Land Berlin ist seit April 2018  
7 mit einer Wirtschaftsvertretung, dem "Business Liaison Desk China" in Peking  
8 vertreten und seit 1994 unterhält die Stadt Berlin eine Städtepartnerschaft mit  
9 der Stadt Peking. 2024 steht im Zeichen des 30-jährigen Jubiläums dieser  
10 Partnerschaft.

11 Gleichzeitig ist China für Deutschland auch systemischer Rivale. In den letzten  
12 30 Jahren seit Abschluss der Berliner Partnerschaft mit Beijing wurde die  
13 chinesische Innenpolitik immer autoritärer und Chinas Außenpolitik zunehmend  
14 aggressiver. Die Volksrepublik richtet ihre Kooperationsbeziehungen so aus, dass  
15 sie selbst in strategisch wichtigen Bereichen immer unabhängiger wird, während  
16 ihre Partner immer abhängiger von ihr werden. Erzwungener Technologietransfer  
17 dient, unter anderem, der Marktverdrängung von wirtschaftlichen Wettbewerbern.  
18 Auch lokale Kooperationskanäle in Wirtschaft, Forschung und Kultur werden von  
19 der chinesischen Regierung explizit dazu genutzt, um ihre politische Agenda  
20 durchzusetzen.

21 Lange haben Naivität und die bewusste Priorisierung von intensiven  
22 Handelsbeziehungen die deutsche Chinapolitik dominiert. Eine offizielle  
23 Kurskorrektur erfolgte auf Bundesebene erstmalig 2023 mit der China-Strategie  
24 der Bundesregierung. Auch auf Landes- und Bezirksebene muss ein risikobewusster,  
25 strategischer Umgang mit chinesischen Partnern Einzug halten, um wirtschaftliche  
26 und politische Abhängigkeiten zu reduzieren und politische Aktivist\*innen in  
27 Berlin zu schützen. Sogenannte subnationale Verflechtungen auf landes- und  
28 bezirkspolitischer Ebene sind bisher ein politischer blinder Fleck. Dem möchten  
29 wir entgegenwirken.

30 **FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE EINSTEHEN**

31 Ein weltoffenes, demokratisches Berlin muss bei seiner Kooperation mit China für  
32 Menschenrechte einstehen. Der Regierende Bürgermeister und der Berliner Senat  
33 dürfen die Menschenrechtsverbrechen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh)  
34 nicht ignorieren. In Berlin kommt es immer wieder zu Fällen von Einschüchterung  
35 und Bedrohung von Regimekritiker\*innen. Der Schutz von  
36 Menschenrechtsverteidiger\*innen und Unterstützer\*innen der chinesischen  
37 Demokratiebewegung muss Priorität haben. Deswegen sollte Berlin bei der  
38 Bekämpfung von transnationaler Repression bundesweit eine Vorreiterrolle  
39 einnehmen.

- 40 • Der Berliner Senat sollte in seiner Kommunikation zur Städtepartnerschaft  
41 mit Peking stets auf die Menschenrechtssituation in China hinweisen. Dies tut  
42 z.B. Köln – ebenfalls Partnerstadt von Peking – auf seiner Website.
  
- 43 • Der Regierende Bürgermeister sollte sich regelmäßig (mind. einmal pro  
44 Jahr) und öffentlichkeitswirksam mit NGOs, die sich mit  
45 Menschenrechtsfragen zu China beschäftigen, treffen, um sich über die  
46 Menschenrechtssituation in Peking/China zu informieren (siehe Köln).
  
- 47 • Bei Reisen der Senatsspitze nach China sollten China-Expert\*innen und  
48 Menschenrechts-NGOs vorab informiert und konsultiert werden (siehe Köln).
  
- 49 • Der Berliner Senat sollte die Staatsschutz-Stelle des LKA oder das  
50 Berliner Landesamt für Verfassungsschutz finanziell ausstatten, um Fälle  
51 transnationaler Repression besser zu erfassen und zu bekämpfen.

52 Außerdem sollte sich Berlin solidarisch an die Seite derjenigen Länder, Städte  
53 und Regionen stellen, die von China außenpolitisch bedroht und deren  
54 demokratische Systeme von China destabilisiert werden. Dies betrifft neben den  
55 chinesischen Drohgebärden im südchinesischen Meer auch wirtschaftliche  
56 Zwangsmaßnahmen gegen Staaten wie Litauen und Australien und den Widerstand  
57 Chinas gegen eine Städtepartnerschaft zwischen Prag und Taipei. Insbesondere  
58 gilt dies aber für die Destabilisierung des demokratischen Taiwan. Das Land  
59 Berlin muss deutlich machen, dass eine Änderung des Status Quo in der Taiwan-  
60 Straße nicht gegen den Willen der Menschen in Taiwan erfolgen darf.

- 61 • Der Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus sollten den Austausch zu  
62 anderen Städten und Regionen suchen, in Deutschland und weltweit, die sich

63 chinesischen Drohungen und Zwangsmaßnahmen ausgesetzt sehen, und sich  
64 solidarisch positionieren.

- 65 • Der Berliner Senat, das AGH und die Bezirke sollten im Rahmen der  
66 deutschen Ein-China-Politik einen engen Austausch mit Städten, Gemeinden  
67 und Landkreisen in Taiwan sowie der taiwanesischen Zivilgesellschaft und  
68 Wirtschaft anstreben. Dies beinhaltet den Abschluss neuer Partnerschaften  
69 mit Counterparts in Taiwan

## 70 **WIRTSCHAFTLICHE RISIKEN MINIMIEREN**

71 Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und Berlin  
72 einerseits sowie China andererseits haben in manchen Bereichen zu einseitigen  
73 Abhängigkeiten geführt, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische  
74 und gesellschaftliche Risiken bergen. Das wird insbesondere im Automobilsektor  
75 oder auch bei Komponenten für die Energiewende wie etwa Batterien, Solarmodulen,  
76 Mikrochips und Seltenen Erden deutlich. In einigen Fällen besteht die Gefahr von  
77 Technologietransfers, die auch für militärische Zwecke genutzt werden können. Um  
78 unsere wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz zu stärken, bedarf es deshalb  
79 einer klaren Strategie zur Risikominimierung, die nicht allein den Unternehmen  
80 überlassen werden darf. Nicht jede Investition in oder Handel mit China ist  
81 systemkritisch oder erhöht unsere wirtschaftliche und politische Abhängigkeit.  
82 Durchaus sinnvoll ist es jedoch, strategische Bereiche gemeinsam zu  
83 identifizieren, die zu einseitigen Abhängigkeiten oder zu einem handfesten  
84 Sicherheitsrisiko für Deutschland werden können, insbesondere im Bereich der  
85 kritischen Infrastruktur, der Gesundheit oder bei Dual-Use-Gütern. Solche  
86 strategischen Abhängigkeiten müssen systematisch abgebaut werden, auch durch  
87 eine gezielte Diversifizierung der Berliner Außenhandelsbeziehungen.

- 88 • Ein Sachverständigenrat, der sich aus Expert\*innen, Vertreter\*innen von  
89 Ministerien und Parlament, der Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden  
90 zusammensetzt, könnte ein erster Schritt sein, um das Thema breit zu  
91 verankern und zu diskutieren und gemeinsam statt gegeneinander einen  
92 einheitlichen Umgang zur weiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit  
93 China zu etablieren.
- 94 • Eine Strategie zur Minimierung des Risikos einseitiger Abhängigkeiten von  
95 China muss auch alternative Märkte und Anreize für Unternehmen anbieten.  
96 Daher sollte Berlin mittelfristig seine Aktivitäten im Rahmen des "Berlin  
97 Business Desk China" zurückfahren und die Kategorisierung von China als  
98 eines von zehn Zielländern für die Berliner Akteure der Internationalen  
99 Wirtschaftskooperation auf den Prüfstand stellen. Stattdessen sollten das

100 Land Berlin und die Berliner Bezirke Unternehmen gezielt dabei  
101 unterstützen, ihre Außenhandelsbeziehungen zu diversifizieren. Dafür  
102 sollten relevante Länder u.a. im Indopazifik-Raum als neue Zielländer der  
103 Berliner Wirtschaftskooperation definiert werden und neue Business Desks  
104 in relevanten Märkten aufgebaut werden.

105 • Um die eigene wirtschaftliche Stärke und Resilienz zu fördern, sind ein  
106 attraktives Investitionsklima sowie Innovation und positive  
107 Forschungsbedingungen entscheidend. Hier sollte Berlin zeigen, dass es in  
108 der Lage ist, wichtige Industrien und Wissenschaftler\*innen vor Ort zu  
109 halten und zu fördern.

110 • Das Land Berlin sollte seine öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass  
111 die genannten strategischen Überlegungen, soziale und ökologische Fragen  
112 sowie menschenrechtliche Bedenken berücksichtigt werde. Dies betrifft  
113 explizit auch alle Beschaffungen die im Zusammenhang mit der  
114 Digitalisierung der Verwaltung stehen.

## 115 **FORSCHUNG & AUSBILDUNG UNABHÄNGIG HALTEN**

116 China-Expertise wird von der Politik bis hin zu Wirtschaft und Wissenschaft oft  
117 beschworen, muss jedoch auch gefördert und strategisch aufgebaut werden. Wir  
118 brauchen dazu vor allem junge Menschen, die Chinesisch sprechen, Aufenthalte in  
119 China absolvieren, das Land und die Kultur kennen. Dies ist ein wichtiger  
120 Beitrag zur kulturellen Verständigung und Annäherung. Gleichzeitig ist  
121 unabhängige China-Expertise unabdingbar, um aktuelle Entwicklungen in China zu  
122 analysieren und einzuordnen, problematische Trends zu identifizieren und die  
123 Politik zu beraten. Die risikobehaftete Beziehung zur Volksrepublik muss so  
124 gesteuert werden, dass illegitime Aktivitäten der KPCh erkannt und angegangen  
125 werden.

126 • Zu diesem Zweck sind unabhängige China-Forschung, Sprach- und  
127 Austauschprogramme erforderlich. Sprachkurse und Austauschprogramme müssen  
128 unabhängig von chinesischen Trägern absolviert werden können, um die  
129 politische Unabhängigkeit zu gewährleisten.

130 Darüber hinaus unterhalten Berliner Universitäten, Hochschulen und  
131 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen Kooperationsprojekte mit Institutionen  
132 in China. Diese können dem Gewinn neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen  
133 und im beidseitigen Interesse sein. Allerdings nutzt die chinesische Regierung

134 solche Forschungsk Kooperationen auch für Wissenstransfers zu Chinas Gunsten und  
135 für technologische Fortschritte in kritischen - auch militärischen - Bereichen.  
136 Kooperationen von Berliner Wissenschaftseinrichtungen mit Institutionen in China  
137 dürfen nicht zu Technologietransfers in kritischen Bereichen führen.

138 • Forschungseinrichtungen und Hochschulen sollten das finanzielle Ausmaß,  
139 das von chinesischer Seite über Kooperationen getragen wird, anonymisiert  
140 transparent machen und ins Verhältnis zur Gesamtfinanzierung sowie  
141 anderweitiger Drittmittelfinanzierung stellen.

142 • Der Berliner Senat sollte Universitäten bei Kooperationen mit autoritären  
143 Regimen wie China zu maximaler Transparenz verpflichten. Sämtliche  
144 Kooperationen - mit oder ohne Zahlungsflüssen - sollten anonymisiert  
145 zentral erfasst werden.

146 • Der Berliner Senat soll im Dialog mit den Berliner  
147 Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen, zentrale beratende Stellen  
148 einrichten und bereits bestehende Strukturen festigen, welche potentielle  
149 Kooperationen mit autoritären Regimen wie China vor deren Beginn  
150 überprüfen - insbesondere in Hinblick auf Dual-Use-Technologien.

151 • Der Berliner Senat sollte außerdem auf Berliner Hochschulen  
152 sensibilisieren, ihre bestehenden Kooperationen mit problematischen  
153 parteistaatlichen oder staatsnahen Organisationen Chinas zu beenden.

154 • Dazu gehört insbesondere die Rolle des Konfuzius-Instituts an der Freien  
155 Universität Berlin. Konfuzius-Institute sind Teil der Einheitsfront-  
156 Strategie der Kommunistischen Partei. In der Vergangenheit sind an  
157 deutschen Konfuzius-Instituten Fälle von Selbstzensur aufgetreten,  
158 kritische Veranstaltungen finden quasi nicht statt. Der Berliner Senat  
159 sollte mit der Freien Universität Berlin unter Wahrung der  
160 Hochschulautonomie in den Dialog über die Zukunft der Konfuzius-Institute  
161 treten.

162 • Der Berliner Senat sollte gemeinsam mit den Berliner Universitäten und  
163 Forschungseinrichtungen Strategien zur alternativen Finanzierung des  
164 potentiellen Doktorand\*innenpools erarbeiten, um Abhängigkeiten vom China  
165 Scholarship Council (CSC) auszuschließen. Die Rückkehrpflicht der CSC-  
166 Stipendiat\*innen nach China ist aufgrund des Technologietransferrisikos  
167 (u.a) problematisch. Sie sind vertraglich dazu verpflichtet, der

168 chinesischen Botschaft über ihre Aktivitäten zu berichten. Dies führt zu  
169 einem hohen Risiko hinsichtlich des Abflusses von Wissen zu kritischen  
170 Technologien sowie Spionage-Aktivitäten für chinesische  
171 Sicherheitsbehörden sowie sozialer Kontrolle unter den Stipendiat\*innen,  
172 die hier eigentlich frei forschen, arbeiten und leben wollen.

## 173 **SENSIBILISIEREN & EXPERTISE ZUGÄNLICH MACHEN**

174 Kooperationsgeflechte mit China finden sich breitgefächert in Forschung,  
175 Wirtschaft und Kultur. An den entsprechenden Stellschrauben bedarf es der  
176 weiteren Sensibilisierung von Bezirks- sowie Senatsmitarbeiter\*innen im Umgang  
177 mit ihren chinesischen Partnern.

- 178 • Mitarbeiter\*innen in den Bezirken, im Senat und in Berliner  
179 Forschungseinrichtungen sollten hinsichtlich der Zusammenarbeit mit  
180 chinesischen Pendants sensibilisiert und geschult werden. Ein sinnvoller  
181 Anknüpfungspunkt ist hier die Ausbildung vor dem Antritt des  
182 Arbeitsverhältnisses, unter anderem in den Beamtenhochschulen. Wir  
183 empfehlen eine solche Sensibilisierung grundsätzlich für den Umgang mit  
184 autoritären Staaten.
- 185 • Hierfür ist es wichtig, Best Practices zu sammeln und in entsprechenden  
186 Lehrformaten zu vermitteln. Hier bietet sich die Einrichtung eines "China-  
187 Desk" als eigenständige Einheit aufgehängt im Senat, aber unabhängig von  
188 den einzelnen Senatsverwaltungen an, wo potentielle Fälle der  
189 Einflussnahme oder anderweitiger illegitimer Aktivitäten wie  
190 Spionageversuche, Propaganda und repressives Verhalten sowie  
191 Einschränkungen bei der unabhängigen Veröffentlichung in  
192 wissenschaftlichen Publikationen gemeldet werden können.
- 193 • Ein solches China-Desk könnte ebenfalls als Expertisehub für die  
194 Verwaltungsmitarbeiter\*innen dienen, wo China-Expertise von Sinolog\*innen,  
195 Politikwissenschaftler\*innen, Jurist\*innen und  
196 Wirtschaftswissenschaftler\*innen gebündelt wird. Es sollte für alle  
197 Senatsverwaltungen eine Konsultationsempfehlung mit dem China-Desk  
198 ausgesprochen werden. Über eine solche Konsultationsempfehlung hinaus  
199 sollte das China-Desk anhand einer "Open-Door-Policy" arbeiten - bei  
200 Zweifeln sollten Mitarbeiter\*innen aus den Bezirken sowie den  
201 Senatsverwaltungen explizit angehalten werden, jederzeit an die  
202 Expert\*innen des Desks heranzutreten. Jene Dienste sollen explizit auch  
203 für Vereine und Firmen in Berlin geöffnet werden.



- 204
- 205
- 206
- 207
- 208
- Eine solche dezidierte Stelle sollte Anfragen von chinesischer Seite bündeln, koordinieren und gemeinsam beantworten. Ein Beispiel hierfür ist die Hansestadt Hamburg, wo jede chinesische Anfrage von einer Behörde gesammelt und koordiniert wird, um so sicherzustellen, dass der Hamburger Senat eine einheitliche Antwort gibt.

209

## **VERNETZUNG ZWISCHEN LÄNDERN UND KOMMUNEN FÖRDERN**

210 Die 2023 entwickelte China-Strategie der Bundesregierung war ein großer und  
211 wichtiger Schritt auf bundespolitischer Ebene. Ein entscheidender Teil der  
212 Umsetzung dieser Strategie hat jedoch auf Landes-, Bezirks- sowie Kommunalebene  
213 zu erfolgen. Hier lässt sich leider beobachten, dass ein Mangel an Koordination  
214 unter Ländern und Kommunen zu einer risikoerhöhenden Konkurrenzsituationen um  
215 chinesische Investitionen und Kooperationsmöglichkeiten führt. Die chinesischen  
216 Behörden nutzen dies ganz bewusst, indem Anfragen und Ansuchen an mehrere  
217 Landes- und Kommunalbehörden geschickt werden und somit künstlich die  
218 Konkurrenzsituation noch angeheizt wird. Dadurch wird gleichzeitig auch das  
219 Ausmaß subversiver Aktivitäten oftmals nicht deutlich, da sich Länder, Kommunen,  
220 aber auch entsprechende Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Landesebene nicht  
221 ausreichend über ihre Erfahrungen austauschen. Aus solchen Erfahrungen lassen  
222 sich jedoch Strategien entwickeln. Gerade für kleinere Kommunen, wo es  
223 schwieriger ist, dezidierte China-Kompetenz in den eigenen Strukturen zu  
224 verankern, ist ein Austausch mit größeren und ressourcenstärkeren Kommunen  
225 entscheidend.

- 226
- 227
- 228
- 229
- Wie oben erwähnt, sollte ein neu eingerichtetes China-Desk entsprechende Anfragen aus Bezirken und Senat bündeln. Bis dahin sollten grün-geführte Bezirke mit gutem Beispiel vorangehen und gezielt Erfahrungen austauschen. Hierfür könnten Arbeitsgruppen gebildet werden.

- 230
- 231
- 232
- 233
- 234
- 235
- 236
- 237
- 238
- Berlin sollte als Vorreiter den Austausch unter den Landesregierungen suchen, fördern und an der Systematisierung und Verstärkung in den geeigneten Foren arbeiten. In bestehenden Foren im bundesdeutschen, europäischen und internationalen Kontext sollte Berlin das Thema China immer wieder auf die Tagesordnung bringen und proaktiv eigene Best-Practices und Erfahrungen aus dem Senat und den Bezirken mit anderen Ländern und Kommunen teilen. Berlin sollte explizit auf andere Bundesländer und Kommunen (auch im Ausland) zugehen, die an einer Professionalisierung ihrer Zusammenarbeit mit China arbeiten.

- 239
- 240
- Berlin sollte sich für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums analog zum niederländischen „China Knowledge Network“ einsetzen, das die Kommunal-

241 und Städteverwaltungen in ihren Beziehungen zu China unterstützt. Hier  
242 könnten man auch auf niederländische Partner\*innen zugehen und explizit  
243 den Austausch suchen.

## **V-3 Für eine vorausschauende, evidenzbasierte und grundrechtsorientierte Sicherheits- und Kriminalpolitik**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 16.10.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

### **Antragstext**

1 Der Landesausschuss fordert die Mitglieder des Bundestags von BÜNDNIS 90/DIE  
2 GRÜNEN Landesverband Berlin auf, für eine vorausschauende, evidenzbasierte und  
3 grundrechtsorientierte Sicherheits- und Kriminalpolitik zu sorgen. Die Eingriffe  
4 des Staates in die bürgerlichen Freiheitsrechte müssen stets gut begründet und in  
5 ihrer Gesamtwirkung betrachtet werden. Flächendeckende Videoüberwachung und den  
6 Einsatz von biometrischer Erfassung zu Überwachungszwecken lehnen sie ab. Das  
7 Recht auf Anonymität sowohl im öffentlichen Raum als auch im Internet wird durch  
8 sie verteidigt.

9 Allgemeine Überwachungspflichten, Maßnahmen zum Scannen privater Kommunikation  
10 und eine Identifizierungspflicht lehnen sie ab. Gemeinsam mit den Ländern soll  
11 die Sicherheitsarchitektur in Deutschland einer Gesamtbetrachtung unterzogen und  
12 die Zusammenarbeit der Institutionen für die Sicherheit der Menschen effektiver  
13 und wirksamer gestaltet werden.

14 Den Einsatz der globalen Zivilgesellschaft für digitale Bürgerrechte  
15 unterstützen sie und fordern ein Völkerrecht des Netzes.  
16

17 Der im Rahmen des Entwurfs der Ampel-Fraktionen für ein Gesetz zur Verbesserung  
18 der inneren Sicherheit und des Asylsystems (Bundestags-Drucksache 20/12805 vom  
19 09.09.2024) sowie des Antrags der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg  
20 und Schleswig-Holstein (Bundesrats-Drucksache 464/24 vom 25.09.2024) geplante  
21 Ausschluss von Sozialleistungen für sogenannte Dublin-Fälle ist evident  
22 verfassungswidrig und verstößt gegen die Beschlusslage von Bündnis 90/Die Grünen  
23 auf Bundesebene (Europawahlprogramm 2024, S. 103). Jeder Mensch hat ein  
24 Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums.  
25

26 Darüber hinaus bekräftigen wir unsere Forderung als Landesverband Berlin nach  
27 einem ausdrücklichen gesetzlichen Verbot von Racial Profiling (LDK-Beschluss vom  
28 04.05.2024). Die im Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren  
29 Sicherheit und des Asylsystems enthaltenen Vorschläge für erweiterte Befugnisse

30 etwa der Polizei Berlin zur Durchführung anlassloser Kontrollen in Waffen- und  
31 Messerverbotzonen sehen wir kritisch, da anlasslose Kontrollen erwiesenermaßen  
32 in besonderem Maße anfällig sind für willentliches oder unwillentliches Racial  
33 Profiling.